



Mitteilung

Berlin, den 16. Mai 2023

**Die 41. Sitzung des Ausschusses für
Menschenrechte und humanitäre Hilfe
findet statt am
Mittwoch, dem 24. Mai 2023, 14:00 Uhr
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal MELH 3.101**

Sekretariat
Telefon: +49 30 227-33550
Fax: +49 30 227-36051

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-31487
Fax: +49 30 227-30487

Achtung!
Abweichender Sitzungsort!

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigster Punkt der Tagesordnung

Öffentliche Anhörung: "LGBTIQ - Rechte weltweit"

Renata Alt, MdB
Vorsitzende



Geladene Sachverständige

Dr. Dr. David Berger⁵
Publizist

Philipp Braun⁴
Mitglied des Bundesvorstands des LSVD (Lesben- und Schwulen Verband in Deutschland)

Dr. Julia Ehart⁶
Geschäftsführerin der ILGA World (International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association)

Fabian Grischkat³
queerpolitischer Experte und Aktivist

Sarah Kohrt¹
Projektleitung der LGBTI-Plattform Menschenrechte, Hirschfeld-Eddy-Stiftung

Jessica Stern¹
U.S. Sondergesandte für die Rechte von LGBTQI+ Menschen

Mikhail Tumasov²
Gründer der LGBT-Bewegung Avers und vormaliger Netzwerkdirektor des Russian LGBT Network

Alexander Vogt²
Bundesvorsitzender der LSU (Lesben und Schwule in der Union)

¹ Auf Vorschlag der Fraktion der SPD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

² Auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU zur öffentlichen Anhörung eingeladen

³ Auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur öffentlichen Anhörung eingeladen

⁴ Auf Vorschlag der Fraktion der FDP zur öffentlichen Anhörung eingeladen

⁵ Auf Vorschlag der Fraktion der AfD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

⁶ Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. zur öffentlichen Anhörung eingeladen



Fragenkatalog zur Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „LGBTIQ – Rechte weltweit“

Einsatz für LGBTIQ-Rechte weltweit

Vor kurzem haben die Bundesaußenministerin und die Bundesministerin für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit Leitlinien für eine feministische Ausrichtung ihrer Häuser vorgestellt. Diese sind intersektional angelegt und berücksichtigen daher insbesondere auch den Faktor Mehrfachdiskriminierung. Queere Menschen rücken in diesen Leitlinien zunehmend in den Fokus von Deutschlands außenpolitischem Handeln. Das LSBTI-Inklusionskonzept der Bundesregierung hat außerdem bereits in der letzten Wahlperiode Maßstäbe gesetzt. Wie bewerten Sie dieses Engagement der Bundesregierung? Und mit welchen Maßnahmen kann sich die Bundesregierung noch effektiver für die Rechte und die Repräsentanz queerer Menschen weltweit einsetzen? (SPD)

Der Kampf für und die Realisierung von LSBTI-Rechten weltweit hängt zu einem erheblichen Teil auch mit dem Engagement von zivilgesellschaftlichen Akteuren in den jeweiligen Ländern zusammen. Auch das LSBTI-Inklusionskonzept der Bundesregierung betont die Bedeutung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft. Gleichzeitig gibt es auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure mit Queer-feindlichen Tendenzen. Wie bewerten Sie die Bedeutung vom zivilgesellschaftlichen Engagement weltweit für die Realisierung und Durchsetzung von LSBTI-Rechten? (SPD)

Gefährdung von LGBTIQ-Rechten weltweit

Die massive Einschränkung der Menschenrechte in Russland geht mit einer homophoben Gesetzgebung einher, zuletzt im Dezember 2022. Mit welchen Zielen und mit welchen Mitteln über die Gesetzgebung hinaus verfolgt Präsident Putin die Diskriminierung von LGBTIQ-Personen in Russland und verfolgt er mit diesem Vorgehen eine außenpolitische Strategie und mit welchem Ziel? (CDU/CSU)

Weltweit werden die Menschenrechte queerer Personen von international vernetzten rechtskonservativen, religiös-extremistischen und antifeministischen Bewegungen angegriffen, um progressive Bewegungen zu spalten und emanzipatorische Entwicklungen zu stoppen. Insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung von trans Personen steht aktuell im medialen und politischen Diskurs im Vordergrund dieser koordinierten Angriffe. Welche finanziellen Vernetzungen und gesellschaftspolitischen Interessen bestimmen die Akteure der Anti-Gender-Bewegung von den USA über Lateinamerika bis nach Europa, inwiefern wirkt sich dieses transnationale Phänomen auch auf den öffentlichen Diskurs zum geplanten Selbstbestimmungsgesetz in Deutschland aus und wie können politische Gegenstrategien und wirksame Narrative zur Stärkung der Menschenrechte von LSBTI konkret aussehen? (BÜNDNIS 90/Die Grünen)



Regierungen und andere Akteure in und außerhalb Europas bedienen sich rekurrierender Narrative, Diskurse und Strategien, um gegen LSBTI zu mobilisieren und LSBTI-Feindlichkeit sowie damit einhergehende konkrete Maßnahmen, wie z. B. Gesetze zu deren Kriminalisierung und Diskriminierung, zu legitimieren. LSBTI werden beispielsweise als Bedrohung für 'traditionelle Werte', als Gefährdung für Kinder- und Jugendliche oder als „Ideologie“ des liberalen Westens dargestellt. Welcher Rhetorik bedient man sich genau zur Mobilisierung, auf welchen Mechanismus fußt diese und wie kann dem, z. B. auch im Rahmen internationaler Organisationen, effektiv entgegengewirkt werden? (FDP)

Was sind weltweit die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede in Menschenrechtsverletzungen die LSBTI Menschen erfahren und welche Auswirkungen hat eine Kriminalisierung und wie werden Strafgesetze angewandt/umgesetzt? (DIE LINKE.)

Wie ist die (Menschenrechts-) Lage in Bezug auf sogenannte Konversionstherapien weltweit? (DIE LINKE.)

LGBTIQ-Rechte und Flucht

Noch immer ist in mindestens 67 Ländern Homosexualität strafbar, in sieben Ländern droht sogar die Todesstrafe für gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen. Wird den Menschen, die aufgrund ihrer LGBTIQ-Zugehörigkeit staatlicher Verfolgung und gesellschaftlicher Diskriminierungen in ihren Heimatländern durch die Flucht nach Deutschland entkommen konnten, insbesondere in der Zeit ihrer Ankunft angemessen Schutz gewährt, welche Probleme bestehen und müssen zu welchen Maßnahmen führen? (CDU/CSU)

In Ghana und Senegal werden LSBTI kriminalisiert, staatlich und gesellschaftlich diskriminiert, dort ist ein menschenwürdiges Leben als LSBTI unmöglich. Mit dem "Gesetzentwurf zur Förderung angemessener sexueller Menschenrechte und ghanaischer Familienwerte", der im Juni 2021 in das ghanaische Parlament eingebracht wurde, droht sich die Situation für LSBTI in Ghana weiter dramatisch zu verschlechtern. Ghana und Senegal gelten in Deutschland als „sichere Herkunftsstaaten“. Auch in Georgien, über dessen Eingruppierung als „sicherer Herkunftsstaat“ immer wieder diskutiert wird, nehmen Gewalt und Diskriminierung gegen LSBTI in den vergangenen Jahren deutlich zu, wie Berichte der Vereinten Nationen, der OSZE und des Europarats darlegen. Wie bewerten Sie die Bedeutung der Lebensbedingungen von LSBTI im Herkunftsland für die Einstufung von Ländern als „sichere Herkunftsstaaten“, insbesondere im Hinblick auf die angeführten Staaten und welche politischen Konsequenzen und Schritte müssten Ihrer Auffassung nach daraus folgen? (BÜNDNIS 90/Die Grünen)



LGBTIQ-Rechte in Deutschland

Der Kampf gegen LSBTI-Feindlichkeit in Deutschland bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. 2022 war Deutschland auf der von ILGA Europe erstellten Rainbow-Europe-Rangliste mit insgesamt 49 Ländern nur auf Platz 15. Die neue Bundesregierung hat sich zum Schutz und zur Förderung von queerem Leben eine ambitionierte Agenda gesetzt und in diesem Zusammenhang u. a. den Nationalen Aktionsplan "Queer leben" beschlossen und eine Ergänzung des Grundgesetzes mit Blick auf Art. 3 durch die Aufnahme des Merkmals der sexuellen Identität ins Auge gefasst. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht besonders oder zusätzlich zu den Bemühungen der Bundesregierung notwendig, um LSBTI ein selbstbestimmtes, diskriminierungs- und angstfreies Leben in Deutschland zu ermöglichen? (FDP)

Differenzen in der LGBTIQ-Community

Sehen Sie eine Teilung der LGBTQIA - Community, in LGB und Andere, und wenn ja, warum? Hat das mit dem Anwachsen der geschlechtlichen Orientierungen und Identitäten zu tun? (AfD)

Was sagen Sie zur Spaltung der Transsexuellenszene, in der viele die Gender-Ideologie ablehnen und wenige sie lautstark befürworten? (AfD)